

Im Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht den Bundesländern freigestellt, Studiengebühren zu erheben. Den Landesregierungen wurde somit ein bislang nicht verfügbares bildungspolitisches Instrument an die Hand gegeben. Im Rahmen eines solchen natürlichen Experiments lässt sich die in der Politischen Ökonomie bedeutsame Partisanenhypothese testen, inwieweit linke und rechte Regierungen unterschiedliche Politiken betreiben. Die Ergebnisse unserer neuen Studie zeigen, dass nur rechte Landesregierungen in den deutschen Bundesländern Studiengebühren erhoben haben. Linke Regierungen haben nie Studiengebühren erhoben, und wenn sie wie in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen auf rechte Regierungen gefolgt sind, haben sie die Studiengebühren sofort abgeschafft. Die Politik rund um Studiengebühren in den deutschen Bundesländern war ein Paradebeispiel für Politikunterschiede zwischen den beiden Parteienlagern. Studiengebühren haben allerdings an Zustimmung in der Bevölkerung verloren. Auch rechte bzw. marktorientierte Politikerinnen und Politiker fürchten deshalb, in Zukunft keine Mehrheiten bei Wahlen zu erzielen, wenn sie an Studiengebühren festhalten. Deshalb sind die Studiengebühren in allen Bundesländern wieder abgeschafft worden.

Die Politikunterschiede zwischen SPD- und CDU/CSU-geführten Regierungen drohen gänzlich zu verschwimmen. Viele Wählerinnen und Wähler haben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass gerade die schwarz-gelbe Bundesregierung den Atomausstieg besiegelt hat, sich nicht resolut gegen Rettungspakete in der Schulden- und Finanzkrise stemmt und sich zunehmend mit dem Gedanken von flächendeckenden Mindestlöhnen in Deutschland anfreundet. Diese Entwicklung scheint der Befürchtung der Politikerinnen und Politiker von CDU, CSU und FDP geschuldet zu sein, nicht wiedergewählt zu werden, wenn sie eine Politik betreiben, die zu weit rechts vom deutschen Medianwähler liegt.

Wissenschaftliche Studien haben in der Tat gezeigt, dass die parteipolitische Zusammensetzung deutscher Bundesregierungen in den letzten 60 Jahren kaum einen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik hatte (vgl. De Haan und Zelhorst 1993; Berger und Woitek 1997; Potrafke 2012). Eine Ausnahme waren die 1970er und 1980er Jahre. In diesem Zeitraum wurde eine ideologisch motivierte Wirtschaftspolitik umgesetzt. Die Sozialdemokraten bauten in den 1970er Jahren den Sozialstaat großzügig aus und erhöhten die Staatsverschuldung. Nach dem Regierungswechsel 1982 schlugen die konservativen Bundesregierungen dann einen deutlich restriktiveren wirtschaftspolitischen Kurs ein, die Staats-

tätigkeit wurde wieder zurückgefahren und die Haushalte saniert. Mit der Wiedervereinigung verschwammen dann jegliche parteipolitische Unterscheidungslinien wieder.

Auf Landesebene ist das anders: Linke und rechte Landesregierungen haben sehr wohl eine unterschiedliche Politik betrieben. Bundesländer, die länger von der CDU/CSU/FDP regiert worden sind, haben beispielsweise größere ökonomische Freiheit genossen (vgl. Potrafke 2013). Im Einklang mit den Erwartungen zu Politikunterschieden steht auch, dass rechte Landesregierungen mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt haben als linke Landesregierungen (vgl. Tepe und Vanhuyse 2013). In der Bildungspolitik haben SPD- und CDU/CSU-geführte Landesregierungen ebenso unterschiedliche politische Maßnahmen ergriffen. Beispielsweise haben rechte Regierungen mehr für Hochschulen und linke Regierungen etwas mehr für Schulen ausgegeben (vgl. Oberndorfer und Steiner 2007; Wolf 2007; Potrafke 2011a).

Im Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht den Bundesländern freigestellt, Studiengebühren zu erheben. Den Landesregierungen wurde somit ein bislang nicht verfügbares bildungspolitisches Instrument an die Hand gegeben. Im Rahmen eines solchen natürlichen Experiments lässt sich die in der Politischen Ökonomie bedeutsame Partisanenhypo-

these testen, inwieweit linke und rechte Regierungen eine unterschiedliche Politik betreiben. In unserer neuen Studie sind wir dieser Frage nachgegangen (vgl. für weitere Informationen Kauder und Potrafke 2013).

Regierungsideologie und Bildungspolitik: Theoretischer Hintergrund und empirische Evidenz

Die Regierungsideologie beeinflusst die Bildungspolitik. Üblicherweise wird angenommen, dass linke Regierungen mehr für Bildung ausgeben als rechte Regierungen. Gemäß der Partisanentheorie bedienen politische Parteien ihre Klientel, wobei linke Regierungen von der Arbeiterklasse und Geringverdienern gewählt werden. Da sich die Arbeiterklasse und Geringverdiener keine selbst zu finanzierende Bildung, wie bspw. Studiengebühren, leisten können, wird von linken Regierungen eine öffentliche Bildungsfinanzierung erwartet. Die Bindekraft von Parteien hat sich jedoch verringert, und die Positionen der Parteien haben sich verschoben. So vertreten linke Regierungen nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern zunehmend die Mittelschicht. Es erscheint denkbar, dass Politikerinnen und Politiker ihre Klientel durch Bildungsausgaben bedienen.

Von linken Regierungen werden höhere Bildungsausgaben erwartet als von rechten Regierungen, weil sie öffentliche Bildungssysteme vorziehen, während eher rechtsgerichtete Regierungen private Bildungssysteme präferieren (vgl. Busemeyer 2009). In der Schweiz haben sich beispielsweise sozialdemokratische Wähler gegen eine Bildungsprivatisierung ausgesprochen (vgl. Merzyn und Ursprung 2005). Zahlreiche Autoren haben den Einfluss von Regierungsideologie auf Bildungsausgaben untersucht und belegen für OECD-Länder höhere Bildungsausgaben unter linken Regierungen (vgl. Boix 1997; Schmidt 2007; Busemeyer 2007; 2009; Ansell 2008; Potrafke 2011b). Demgegenüber sprechen die Ergebnisse von Jensen (2011) nicht dafür, dass die Bildungsausgaben zwischen 1980 und 2000 in OECD-Ländern unter linken Regierungen höher waren.

Ideologisch motivierte Politiken mögen sich über die Bildungsbereiche unterscheiden. So könnten linke Regierungen die Ausgaben für primäre und sekundäre Bildung erhöhen sowie die Ausgaben für tertiäre Bildung senken. Die Klientel linker Parteien profitiert stärker von Ausgaben im primären und sekundären Bildungsbereich als von Ausgaben im tertiären Bildungsbereich.

¹ Fisher et al. (2009) diskutieren die Politische Ökonomie der post-sekundären Bildung in drei kanadischen Provinzen.

² Krause (2008) analysiert den politischen Diskurs vor dem Verfassungsgerichtsurteil.

Der Anteil an Studentinnen und Studenten mit einem sozialdemokratischen Familienhintergrund ist nach wie vor relativ klein. Entsprechend profitiert die sozialdemokratische Klientel stärker von Bildungsausgaben, wenn diese bspw. in den Schulbereich fließen. Ansell (2008) zeigt, dass rechte Regierungen häufig höhere Ausgaben für Universitäten befürworten. In den kanadischen Provinzen stehen linke Parteien für niedrigere Studiengebühren als rechte Parteien (vgl. Neill 2009).¹ In Schottland hingegen sprach sich die Labour-Partei für Studiengebühren aus, während die anderen Parteien Studiengebühren ablehnten (vgl. Hassan und Warhurst 2001). Im britischen Unterhaus waren die Labour-Partei-Mitglieder vom rechten Parteiflügel weniger stark geneigt, die von der Labour-Partei geplante Einführung von Studiengebühren abzulehnen als andere Parteimitglieder (vgl. Benedetto und Hix 2007). In Ungarn haben sich sowohl die Parlamentsmitglieder als auch die Wählerinnen und Wähler der linken MSZP-Partei stärker für Studiengebühren ausgesprochen als Parlamentsmitglieder und Wählerinnen und Wähler der rechten Fidesz-MPP-Partei (vgl. Todosijevic 2005). Es bleibt eine empirische Frage, inwieweit die Regierungsideologie das Einführen von Studiengebühren beeinflusst.

Empirische Analyse und Ergebnisse

Das Bildungswesen gehört zu den wenigen Politikfeldern, in denen die deutschen Landesregierungen Entscheidungsverantwortung tragen. Es ist daher umso erstaunlicher, dass die Bundesregierung 1970 Studiengebühren abgeschafft hat. Im Jahr 2003 haben sechs Bundesländer mit rechten Regierungen das Bundesverfassungsgericht angerufen, um ihre Verantwortung für Studiengebühren zu erstreiten. Im Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgericht die Verantwortlichkeiten geklärt: Den Bundesländern wurde das Einführen von Studiengebühren erlaubt.²

Tabelle 1 zeigt, dass die meisten Bundesländer Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester eingeführt

Tab. 1
Höhe der Studiengebühren in den Ländern

	Studiengebühren pro Semester (in Euro)	
	Universitäten	Fachhochschulen
Baden-Württemberg	500	500
Bayern	300–500	100–500
Hamburg	500/375*	500/375*
Hessen	500	500
Niedersachsen	500	500
Nordrhein-Westfalen	bis zu 500	bis zu 500
Saarland	300/500**	300/500**

In Bayern und Nordrhein-Westfalen können/konnten die Universitäten die Studiengebühren im angegebenen Bereich festlegen. – * Senkung auf 375 Euro beschlossen am 17. September 2008 und wirksam seit dem Wintersemester 2008/2009. – ** Anstieg auf 500 Euro im dritten Semester des Studiums.

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

Tab. 2
Nur rechte Regierungen führten Studiengebühren ein

	Einführung			Abschaffung		
	Gesetzesbeschluss	Wirksamkeit	Regierung	Gesetzesbeschluss	Wirksamkeit	Regierung
Baden-Württemberg	15. Dezember 2005	SS 2007	CDU/FDP	21. Dezember 2011	SS 2012	Grüne/SPD
Bayern	18. Mai 2006	SS 2007	CSU	15. Dezember 2011	WS 2012/2013	SPD
Hamburg	28. Juni 2006	SS 2007	CDU			
Hessen	5. Oktober 2006	WS 2007/2008	CDU	17. Juni 2008	WS 2008/2009	*
Niedersachsen	9. Dezember 2005	WS 2006/2007	CDU/FDP	24. Februar 2011	WS 2011/2012	SPD/Grüne**
Nordrhein-Westfalen	16. März 2006	WS 2006/2007	CDU/FDP			
Saarland	12. Juli 2006	WS 2007/2008	CDU			
				10. Februar 2010	SS 2010	CDU/FDP/Grüne

SS = Sommersemester, WS = Wintersemester. – * Mehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei mit (kommissarischem) CDU-Ministerpräsident. – ** Minderheitsregierung toleriert durch die Linken.

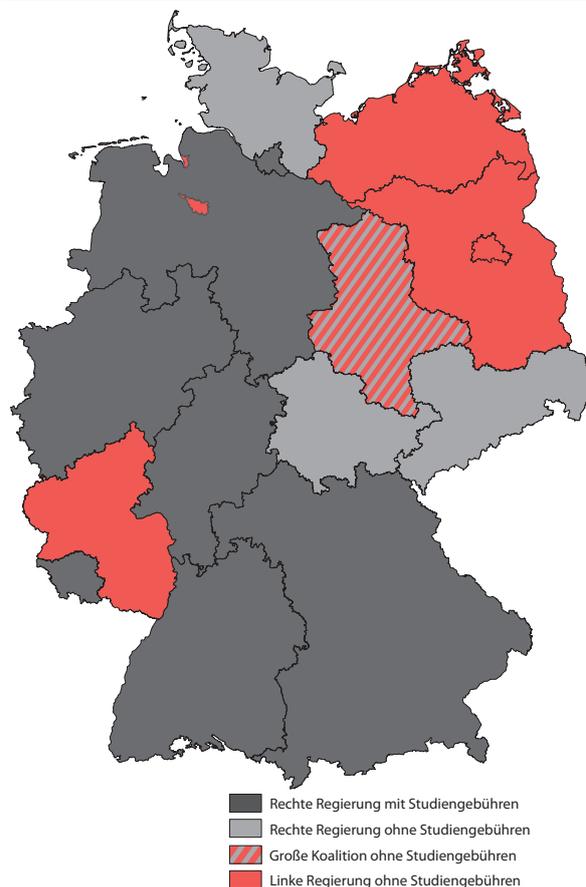
Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

haben. Bayern und Nordrhein-Westfalen erlaubten ihren Universitäten, einen Betrag von weniger als 500 Euro zu erheben. Hamburg reduzierte im Jahr 2008 die Gebühr von 500 auf 375 Euro. Im Saarland stieg die Gebühr im dritten Studiensemester von 300 auf 500 Euro. Zahlreiche Bundesländer haben Ausnahmen eingeführt, bspw. für Studentinnen und Studenten mit speziellem Familienhintergrund oder hohem Potenzial. Landesbanken und die KfW bieten Studentenkredite zu nichtmarktlichen Konditionen an, zudem sind Studienkredite von privaten Banken verfügbar.³

Tabelle 2 zeigt, welche Landesregierungen Studiengebühren eingeführt haben.⁴ Im Dezember 2005 beschlossen die ersten (rechten) Landesregierungen – in Niedersachsen und Baden-Württemberg – das Einführen von Studiengebühren. Weitere Bundesländer mit rechten Regierungen folgten 2006. Erstmals erhoben wurden Studiengebühren im Wintersemester 2006/2007 (in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen), im Sommersemester 2007 (in Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg) und im Wintersemester 2007/2008 (im Saarland und Hessen). Abbildung 1 zeigt, dass alle westdeutschen Bundesländer mit rechten Regierungen, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, Studiengebühren eingeführt haben. Weder westdeutsche Bundesländer mit linken Regierungen noch ostdeutsche Bundesländer führten Studiengebühren ein (vgl. Tab. 3). Somit haben also auch die rechten Regierungen in den neuen Bundesländern davon abgesehen Studiengebühren einzuführen. Für die neuen Bundesländer wurde gezeigt, dass die Ideologie von Regierungen keinen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik hat: Vermutlich konnten die Parteien in den

neuen Bundesländern nicht auf etablierte Parteitraktionen bauen (vgl. Potrafke 2013). Zudem sind die Wählerinnen und Wähler in den neuen Bundesländern durch die sozia-

Abb. 1
Studiengebühren und Regierungsideologie in den Bundesländern: Wintersemester 2007/2008



Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

³ Ebcinoglu (2006) diskutiert verschiedene Studiengebührenmodelle, Hoffmann (2011) diskutiert Studiengebühren in Großbritannien.

⁴ Bis 1970 haben die meisten Universitäten Hörergelder in Höhe von 150 DM erhoben.

Tab. 3
Bundesländer ohne Studiengebühren-Vergangenheit

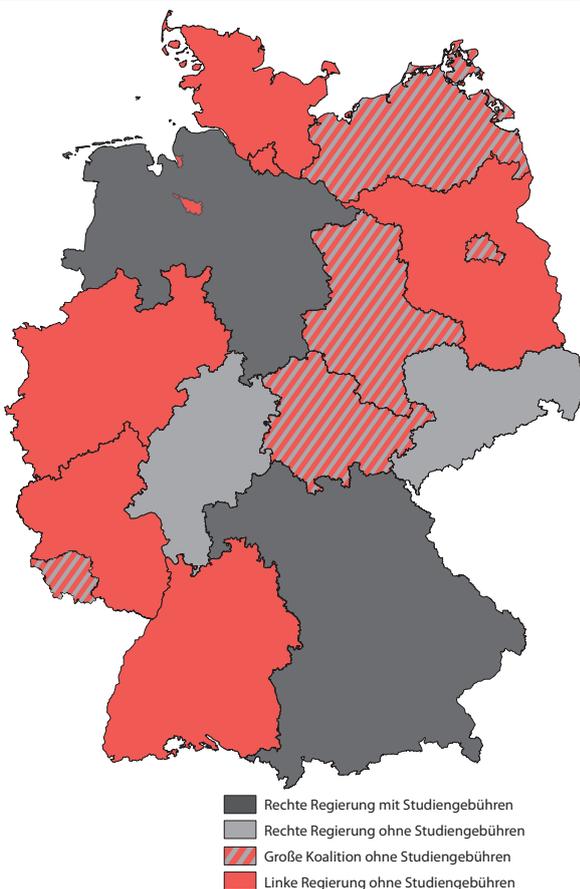
	Regierungen seit 2005*		
Berlin	SPD/Linke	SPD/CDU	
Brandenburg	SPD/CDU	SPD/Linke	
Bremen	SPD/CDU	SPD/Grüne	
Mecklenburg-Vorpommern	SPD/Linke	SPD/CDU	
Rheinland-Pfalz	SPD/FDP	SPD	SPD/Grüne
Sachsen	CDU/SPD	CDU/FDP	
Sachsen-Anhalt	CDU/FDP	CDU/SPD	
Schleswig-Holstein	SPD/Grüne	CDU/SPD	CDU/FDP
Thüringen	CDU	CDU/SPD	

* Koalitionen mit mehreren Legislaturperioden in einem Land werden nur einmal gezeigt.

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

listische Vergangenheit geprägt, so dass sie aufgrund der Erfahrung »freien« Universitätszugangs in der DDR Studiengebühren ablehnen könnten. Große Koalitionen haben weder in den alten noch in den neuen Bundesländern Studiengebühren eingeführt.

Abb. 2
Studiengebühren und Regierungsideologie in den Bundesländern: Wintersemester 2012



Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

Die Landtage in Hessen und dem Saarland haben die Studiengebühren in den Jahren 2008 bzw. 2010 wieder abgeschafft. In Hessen entschied die linke Parlamentsmehrheit nach der gescheiterten Ypsilanti-Wahl, die Studiengebühren mit Beginn des Wintersemesters 2008/2009 abzuschaffen. Im Saarland schuf die »Jamaika-Koalition«, bestehend aus CDU, FDP und Grünen, die Studiengebühren als Zugeständnis an die Grünen mit Beginn des Sommersemesters 2010 ab.

Im betrachteten Zeithorizont gab es drei Wechsel von rechten zu linken Regierungen und einen Wechsel von einer schwarz-grünen zu einer SPD-Regierung. In Schleswig-Holstein folgte 2012 eine rot-grüne auf eine schwarz-gelbe Regierung, beide sahen jedoch von dem Einführen von Studiengebühren ab. In Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hamburg wurden die Regierungen aus CDU und FDP bzw. CDU und Grünen in den Jahren 2010 und 2011 abgewählt. Die nachfolgenden linken Regierungen schafften die Studiengebühren umgehend ab (zum Wintersemester 2011/2012, dem Sommersemester 2012 bzw. dem Wintersemester 2012/2013). Im Wintersemester 2012/2013 erhoben nur noch die rechten Regierungen in Bayern und Niedersachsen Studiengebühren. Die Politikänderungen nach dem Wintersemester 2012/2013 betrachten wir im Fazit. Abbildung 2 zeigt, dass alle Bundesländer mit neugewählten linken Regierungen Studiengebühren umgehend abschafften. Somit sind Studiengebühren ein Musterbeispiel für ideologiegetriebene Politik auf Bundesländerebene.

Dieser Befund wird durch Regressionsanalysen bestätigt. Wir schätzen ein Paneldatenmodell mit fixen Ländereffekten und nutzen dabei die Variation von Regierungswechseln innerhalb der Bundesländer. Dazu nutzen wir Daten zur Höhe der Studiengebühren und zur Regierungsideologie der 16 Bundesländer auf Semesterebene für den Zeitraum vom Sommersemester 2005 bis zum Wintersemester 2012/2013 (16 Beobachtungen pro Land). Den Unterschied zwischen linken und rechten Regierungen testen wir mit Hilfe einer Ideologievariable mit folgender Kodierung: Der Wert beträgt 1 im Falle einer SPD-Alleinregierung oder bei einer Koalition der SPD mit einer anderen linken Partei (Grüne, Linkspartei, SSW oder eine Kombination) oder der FDP. Der Wert beträgt 0,5 im Fall einer Koalition der CDU mit einer linken Partei (große Koalitionen, Koalitionen mit den Grünen oder Koalitionen mit den Grünen und der FDP). Der Wert beträgt 0 für CDU/CSU-Alleinregierungen oder Koalitionen der CDU/CSU mit der FDP. Im Fall großer Koalitionen unterscheiden wir nicht zwischen SPD- und CDU-geführten Koalitionen. Aufgrund der zeitlichen Verzögerung beim Umsetzen politischer Maßnahmen betrachten wir die Regierungsideologie mit einer Verzögerung von einem, zwei oder

drei Semestern.⁵ In unseren Regressionen kontrollieren wir ebenso für Wählerpräferenzen und rechnen den Einfluss von Stimmenanteilen für rechte bzw. linke Parteien heraus.

Im Rahmen eines alternativen Vorgehens schätzen wir das Modell auch auf Basis von Legislaturperioden sowie auf Basis von Regierungsperioden. Dabei betrachten wir den Einfluss der Ideologie auf die Höhe der Studiengebühren am Ende der entsprechenden Legislaturperiode bzw. Regierung. Während der Beginn einer Legislaturperiode durch den Tag der Landtagswahl bestimmt ist, liegt der Beginn einer Regierung im Zeitpunkt der Wahl der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten. Aufgrund der Wahl neuer Ministerpräsidentinnen bzw. neuer Ministerpräsidenten innerhalb von Legislaturperioden liegt in unserem Datensatz die Zahl der Regierungsperioden um zehn höher als die Zahl der Legislaturperioden.

Unsere Regressionsergebnisse zeigen, dass linke Regierungen Studiengebühren reduzierten. Die Ergebnisse variieren in Abhängigkeit von verschiedenen Verzögerungen beim Implementieren der Politik und von dem Einbeziehen fixer Zeiteffekte. Rein linke Regierungen wählten im Vergleich zu rein rechten Regierungen um 91 bis 180 Euro niedrigere Studiengebühren. Die Effekte sind statistisch signifikant zum 5%- oder 1%-Niveau.

Die Effekte werden bestätigt, wenn wir Legislaturperioden anstelle von Semestern betrachten. In Legislaturperioden rein linker Regierungen waren die Studiengebühren um 255 bis 266 Euro niedriger als in Legislaturperioden rein rechter Regierungen. Die Effekte sind statistisch signifikant zum 1%-Niveau. Die Größenordnung der Effekte ist auch auf Ebene von Regierungen vergleichbar. Hier zeigen rein linke Regierungen um 233 bis 243 Euro niedrigere Studiengebühren als rein rechte Regierungen. Die Effekte sind signifikant zum 5%- oder 1%-Niveau.

Fazit

Die Einführung von Studiengebühren ist ein Musterbeispiel für ideologiegetriebene Bildungspolitik in den deutschen Bundesländern. Während zahlreiche rechte Regierungen Studiengebühren eingeführt haben, führten linke Regierungen nie Studiengebühren ein und schufen die von rechten Regierungen eingeführten Studiengebühren nach einem Regierungswechsel direkt wieder ab. Dies ist ein aufschlussreiches Ergebnis, da die Ideologie von Regierungen eine zunehmend geringere Rolle in der Politik spielt. Das ideologiegetriebene Einführen

bzw. Abschaffen von Studiengebühren bestätigt die Partisane theorie und zeigt politische Polarisierung. Unsere Analyse basiert auf Daten bis zum Wintersemester 2012/2013. Im Januar 2013 hat die schwarz-gelbe Regierung in Niedersachsen die Landtagswahlen verloren. Die neugewählte rot-grüne Regierung beschloss umgehend die Abschaffung der Studiengebühren. Im Wahlkampf gab es hierbei eine starke Polarisierung zwischen dem linken und dem rechten Lager. Während CDU und FDP für das Beibehalten der Studiengebühren warben, sprachen sich SPD und Grüne gegen Studiengebühren aus. Die Evidenz zeigt ideologiegetriebene Studiengebührenpolitik und zudem, dass die Parteien ihre Stammwählerinnen und Stammwähler durch das Einführen bzw. Abschaffen von Studiengebühren bedient haben.

Doch warum verfolgen linke und rechte Regierungen eine unterschiedliche Politik? Wir haben die Parteiprogramme von SPD, CDU/CSU, FDP, den Grünen und der Linkspartei in den einzelnen Bundesländern betrachtet. Tabelle 4 zeigt, dass die linken Parteien Studiengebühren als sozial ungerecht bezeichnet haben und diese in allen 16 Bundesländern ablehnten. Demgegenüber glaubten CDU/CSU und FDP, dass Studiengebühren anreizkompatibel seien. Die FDP trat in allen Bundesländern außer Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt für Studiengebühren ein, wobei die FDP Studiengebühren auch in Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt nicht für sozial ungerecht hielt. Die CDU lehnte Studiengebühren in neun Bundesländern ab (in Hessen seit 2008 und im Saarland seit 2010). Nur die Parteiprogramme der CDU in Rheinland-Pfalz und Sachsen nannten Studiengebühren ungerecht. Die CDU lehnte das Einführen von Studiengebühren auch im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen 2012 ab.

Da der deutsche Medianwähler nicht zuletzt durch die Finanzkrise nach links gerückt ist, befürchteten einige CDU/CSU-Politikerinnen und -Politiker, mit dem Eintreten für Studiengebühren Wählerstimmen zu verlieren. Das Zurückweichen von Studiengebühren hat sich seit 2012 verstärkt. Im Februar 2013 entschied sich die CSU-geführte Landesregierung, die Studiengebühren in Bayern abzuschaffen, nachdem sie diese erst sechs Jahre zuvor eingeführt hatte. Dies dürfte durch die anstehenden Landtagswahlen

Tab. 4
Zahl der Parteiprogramme, die sich gegen Studiengebühren aussprechen und Studiengebühren als sozial ungerecht bezeichnen

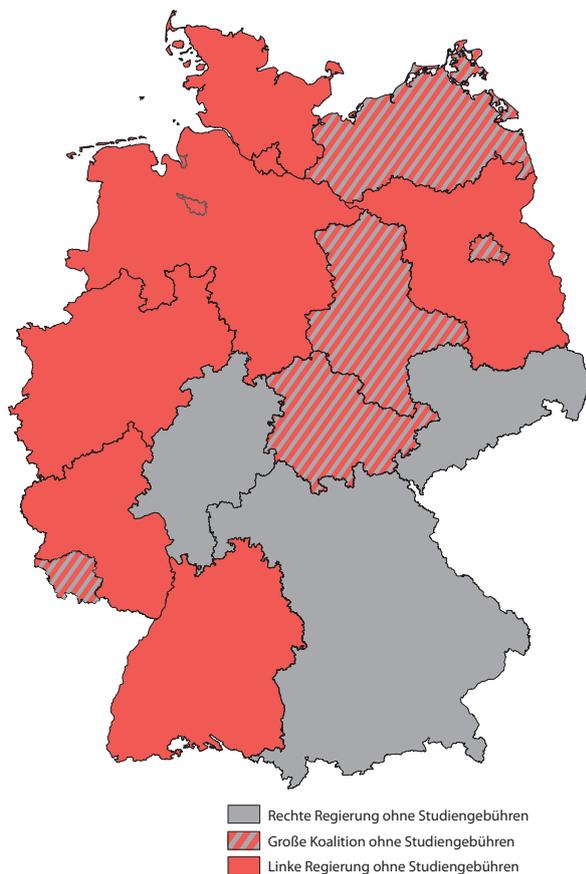
	Gegen Studiengebühren	Studiengebühren sind sozial ungerecht
SPD	16	16
Grüne	16	16
Linke	16	16
CDU/CSU	9	2
FDP	2	0

In Hessen war die CDU bis 2008 für Studiengebühren. Im Saarland war die CDU bis 2010 für Studiengebühren (Stand: Sommer 2012).

Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

⁵ Wir betrachten die Regierungsideologie zum Beginn des entsprechenden Semesters.

Abb. 3
Studiengebühren und Regierungsideologie in den Bundesländern: Wintersemester 2014/15 (unter Regierungsideologie des Frühjahrs 2013)



Quelle: Zusammenstellung des ifo Instituts.

im September 2013 begründet sein, bei der das rechte Lager um seine Mehrheit fürchten muss. Bis zum Ende des Jahres 2014 werden Studiengebühren in Deutschland Geschichte sein (vgl. Abb. 3). Wiederwahlmotive scheinen den ideologischen Antrieb in der Bildungspolitik zu überschatten (vgl. Downs 1957).

Literatur

- Ansell, B.W. (2008), »University Challenges Explaining Institutional Change in Higher Education«, *World Politics* 60, 189–230.
- Benedetto, G. und S. Hix (2007), »The Rejected, the Ejected, and the Dejected: Explaining Government Rebels in the 2001–2005 British House of Commons«, *Comparative Political Studies* 40, 755–781.
- Berger, H. und U. Woitek (1997), »Searching for Political Business Cycles in Germany«, *Public Choice* 91, 179–197.
- Boix, C. (1997), »Political Parties and the Supply Side of the Economy: The Provision of Physical and Human Capital in Advanced Economies, 1960–90«, *American Journal of Political Science* 41, 814–845.
- Bussemeyer, M.R. (2007), »Determinants of Public Education Spending in 21 OECD Democracies, 1980–2001«, *Journal of European Public Policy* 14, 582–610.

Bussemeyer, M.R. (2009), »Social Democrats and the New Partisan Politics of Public Investment in Education«, *Journal of European Public Policy* 16, 107–126.

De Haan, J. und D. Zelhorst (1993), »Positive Theories of Public Debt: Some Evidence for Germany«, in: H.A.A. Verbon und F.A.A.M. van Winden (Hrsg.), *The Political Economy of Government Debt*, Elsevier Science Publishers B. V., Amsterdam, 295–306.

Downs, A. (1957), *An Economic Theory of Democracy*, Harper and Row Publishers, New York.

Ebcinoglu, F. (2006), »Die Einführung allgemeiner Studiengebühren in Deutschland«, *Hochschul-Informationssystem, Kurzinformation A 4*.

Fisher, D., K. Rubenson, G. Jones und T. Shanahan (2009), »The Political Economy of Post-Secondary Education: A Comparison of British Columbia, Ontario and Québec«, *Higher Education* 57, 549–566.

Hassan, G. und C. Warhurst (2001), »New Scotland? Policy, Parties and Institutions«, *The Political Quarterly* 72, 213–226.

Hoffmann, N. (2011), »Die Neuordnung der Studienfinanzierung in Großbritannien«, *ifo Schnelldienst* 64(9), 60–63.

Jensen, C. (2011), »Capitalist Systems, De-Industrialization, and the Politics of Public Education«, *Comparative Political Studies* 44, 412–435.

Kauder, B. und N. Potrafke (2013), »Government Ideology and Tuition Fee Policy: Evidence from the German States«, *CESifo Economic Studies*, im Erscheinen.

Krause, N. (2008), *Die Debatte um Studiengebühren: Systematische Rekonstruktion eines rapiden Meinungswandels*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Merzlyn, W. und H.W. Ursprung (2005), »Voter Support for Privatizing Education: Evidence on Self-Interest and Ideology«, *European Journal of Political Economy* 25, 33–58.

Neill, C. (2009), »Tuition Fees and the Demand for University Places«, *Economics of Education Review* 28, 561–570.

Oberndorfer, U. und V. Steiner (2007), »Generationen- oder Parteienkonflikt? Eine empirische Analyse der deutschen Hochschulausgaben«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 8, 165–183.

Potrafke, N. (2011a), »Public Expenditures on Education and Cultural Affairs in the West German States: Does Government Ideology Influence the Budget Composition?«, *German Economic Review* 12, 124–145.

Potrafke, N. (2011b), »Does Government Ideology Influence Budget Composition? Empirical Evidence from OECD Countries«, *Economics of Governance* 12, 101–134.

Potrafke, N. (2012), »Is German Domestic Social Policy Politically Controversial?«, *Public Choice* 153, 393–418.

Potrafke, N. (2013), »Economic Freedom and Government Ideology across the German States«, *Regional Studies* 47, 433–449.

Schmidt, M.G. (2007), »Testing the Retrenchment Hypothesis: Education Spending, 1960–2002«, in: F.G. Castles (Hrsg.), *The Disappearing State? Retrenchment Realities in an Age of Globalization*, Edward Elgar, Cheltenham, 159–183.

Tepe, M. und P. Vanhuyse (2013), »Cops for Hire? The Political Economy of Police Employment in the German States«, *Journal of Public Policy*, im Erscheinen.

Todosijevic, B. (2005), »Issues and Party Preferences in Hungary: A Comparison of Directional and Proximity Models«, *Party Politics* 11, 109–126.

Wolf, F. (2007), »Die Bildungsausgaben der Bundesländer: Bestimmungsfaktoren und sozialpolitische Relevanz«, *Zeitschrift für Sozialreform* 53, 31–56.